

Die „Freiheit“ erscheint montags und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei voller Zahlung im Voraus für Deutschland 12,00 M., im Ausland 14,00 M., für die Schweiz 16,00 M., für Österreich 18,00 M., für die Türkei 20,00 M., für die Balkanländer 22,00 M., für die Türkei 24,00 M., für die Türkei 26,00 M., für die Türkei 28,00 M., für die Türkei 30,00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36 und 9708.

Die abgehenden Posten gehen über den Rhein nach 1-12 Uhr, einschließlich Sonntags. Kleine Anzeigen: Das Freitagsblatt kostet 2-12 M., jedes weitere Wort 1-10 M., einschließlich Sonntags. Große Anzeigen: Das Freitagsblatt kostet 1-10 M., jedes weitere Wort 1-10 M., einschließlich Sonntags. In Vertretung: das Freitagsblatt kostet 1-10 M., jedes weitere Wort 1-10 M. In Vertretung: das Freitagsblatt kostet 1-10 M., jedes weitere Wort 1-10 M. In Vertretung: das Freitagsblatt kostet 1-10 M., jedes weitere Wort 1-10 M.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die englische Delegation über Rußland.

## Eine sozialistische Regierung.

### Die Folgen der Blockade.

„Das Deutsche Reich“ veröffentlicht den vorläufigen Bericht der englischen Arbeiterdelegation, der von allen Delegierten unterzeichnet ist. Nachstehend geben wir die wichtigsten davon wieder. Der Bericht beginnt:

„Wir sind tief ergriffen worden von den Folgen der Blockade über Rußland und der Interventionen. Diese Politik ist von verschiedenen Regierungen und unter verschiedenen Formen seit 1918 verfolgt worden und wird noch heute verfolgt. Sie ist die Wurzel der schlimmsten Leiden, die jetzt Rußland bedrängen. Das Problem der Ernährung übersteigt alle anderen an Bedeutung. Wir waren erschrocken über den Hunger, unter denen die gesamte Bevölkerung — Hand- und Kopfarbeiter gleichermaßen — leidet.“ Der Bericht beleuchtet dann die gesundheitliche Lage in Sowjetrußland. Hier über die Blockade eine besondere verhängnisvolle Wirkung aus, denn sie entzweit Rußland von Weltmarkt und Seife. Obgleich die Sowjetregierung große sanitäre Organisationen schuf, Zigaretten einrichtete, alle Höfe mit Disinfectionen ausstattete und eine großzügige aufklärerische Gesundheitspropaganda betrieb, haben die Seuchen doch noch Tausende von Opfern gefordert. Der Bericht schließt mit:

„Rußland ist ein reiches Agrarland. Aber die Bauern können nur Nahrungsmittel nach den Städten liefern im Austausch gegen Fabrikwaren. Die Unterbrechung des Handels macht es unmöglich, diese Waren in den Städten zu produzieren oder sie als Fertigprodukte von auswärts zu beziehen. Die Situation wird noch verschlimmert durch den Zusammenbruch des Transportwesens, eine direkte Folge der Angriffe und des Bürgerkrieges auf russischem Gebiete.“

Nach der Niederlage der Kollschak, Denikin und Gudenitsch bekam Rußland eine Atempause, die es sofort zur Reorganisation des Transportwesens und zur Wiederaufnahme der Friedensarbeit benutzte. Am schlauesten war bei der Wiederaufnahme der Friedensarbeit an der polnischen Front die Tatsache, daß es das russische Volk vom Weg des Friedens auf den Weg des Krieges zurückgezwungen hat. Der Ruf nach produktiver Arbeit ist nachmalig zugunsten des Krieges zurückgesetzt worden. Die Kriegsverhältnisse schufen neue Gründe für die Aufhebung der Versammlungsfreiheit und der persönlichen Freiheit. Diese Bedingungen können nicht geändert werden, solange der Krieg andauert.“

Es ist eine Folge der gegenwärtigen Krise gewesen, daß sich alle Parteien mit der Regierung zum Zwecke der nationalen Selbstverteidigung verbunden, ohne Rücksicht auf Zusammenhänge in Fragen der inneren Politik. Das heißt, daß die kommunistischen Parteien, mögen sie gut oder schlecht sein, niemals durch einen Druck von außen gezwungen werden können, ein derartiger Druck verweigert allein die Befreiung der Regierung im Innern.“

„Günstigsten dieser beiden Tatsachen wünschen wir unsern einmütigen Protest gegen diese Politik festzuhalten, deren Folgen wir beschreiben haben, und die ebenfalls unheilvoll sind. Rußland braucht vor allen Dingen Frieden und freien Verkehr mit der äußeren Welt. Wir empfehlen der letzten Stunde der Blockade und Intervention und die völlige Begründung der Schranken, die die imperialistischen Staatenmächte zwischen uns und unseren Brüdern und Schwestern in Rußland errichtet haben, zu fordern. Als erster Schritt zu diesem Ziel muß die russische Regierung bedingungslos anerkannt werden. Sie hat ihre Bestrafung bewiesen, indem sie zweiwöchentlich Tausende von vielen Hungergeplagten, die gemacht wurden, um sie niederzuringeln, widerstand. Sie hat fortgesetzt ihren Frieden wollen gezeigt. Wir unterstützen Ihnen von der Tatsache Zeugnis abzulegen, daß russische Hungergeplagten gemacht worden sind, den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu fördern.“

### Krasin über die russischen Schulden.

T. U. London, 15. Juni.

Die Times melden, daß Krasin bei den Besprechungen mit Lord George das Fehlen einer Verpflichtung für die russische Regierung, sich die Schulden zu bezahlen, die die früheren russischen Regierungen bis zum November 1917 machten, völlig in Abrede stellte. Krasin gab zu verstehen, daß, falls die Räteregierung durch die Umstände gezwungen werden sollte, diese Schulden anzuerkennen, sie auch alle Rechte und Vorteile geltend machen werde, die die früheren Regierungen durch die mit anderen Mächten geschlossenen Verträge innehaben. Insbesondere würde die Räteregierung auf die Ausübung des geheimen Londoner Vertrages von 1915 bringen, durch den Konstantinopel Rußland überlassen wird.

Weiter würde die Räteregierung, wenn sie gezwungen würde, die russischen Auslandsschulden anzuerkennen, davon alle Kosten abzuschreiben, die Räteregierung zur Abwehr der Angriffe der „sozialen“ Regierungen aufzubringen mußte, soweit diese Angriffe finanziell oder auf andere Weise von einer ausländischen Macht unterstützt wurden. Ferner würde sie alle die Beträge abschreiben, die zur Wiedergutmachung der Schäden nötig waren, die durch diese fremden Mächte in Rußland angerichtet worden sind.“

### Die Militärrenterei in Triest.

D. N. Mailand, 14. Juni.

Wie die Blätter melden, ist in Triest eine gefährliche Militärrenterei ausgebrochen. Zwei Panzer hatten vor einigen Tagen im Hafen angelegt, um Artillerie-Truppen zur Verteidigung von Salona nach Albanien einzuschiffen. Eine große Schar Artillerie begab sich schon in früherer Vorgehensweise auf die Redaktion des sozialistischen Blattes „Lavoratore“, um gegen ihre Verladung zu neuen Kämpfen zu protestieren. In der Nacht kam es zur offenen Revolte. Ein Teil der Artillerie ging zu den Sozialisten und den Gewerkschaften über, um die Stadt in völligen Aufruhr zu bringen. Sie griffen das Gardekorps an und verletzten zahlreiche Offiziere. Karabinier und Königsjäger bieten alles auf, die Miesenkundgebung einzubändigen. Panzerautomobile und Regierungstruppen durchziehen die Stadt. Die Brücke von Borscala soll gesprengt worden sein. Es gab Tote und Verletzte, deren Zahl jedoch noch nicht festgestellt werden konnte. Die Aufständischen haben sich in Handwerkerverbänden angegeschlossen. Inzwischen sind von allen Seiten herangekommene Truppenabteilungen in Triest eingezogen und haben die Hauptpunkte der Stadt besetzt. Die aufständischen Verbände und Vereine ihren Sitz haben, z. B. in der Via Garibaldi. Die Truppen sperren das Viertel ab. Während der Kundgebungen der Sozialisten und der Artillerie in Triest sind auch Handgranaten gegen das Angelegenheiten der bürgerlichen Zeitung „Piccolo“ geschleudert worden. Vor der Kaserne sind ein Offizier und ein Wachtmeister tödlich getroffen worden.

### Die Regierungskrise in Oesterreich.

Wien, 15. Juni.

Die Regierungskrise kann vorläufig als beigelegt betrachtet werden, die bisherige Regierung, die aus Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen bestand, bleibt auch weiterhin im Amt, allerdings nicht mehr von einer Koalition, sondern statt dessen von einer Kooperation. Die Einigung kam auf der Basis zustande, daß das Gesetz über die Auflösung der Nationalversammlung und über die Neuwahlen, sowie die Besetzungsbefugnisse fertiggestellt sind; auch die Vermögensabgabe soll in Angriff genommen werden. Spätestens im September oder Oktober haben die Neuwahlen zu erfolgen.

### Das holländische Sozialistengesetz.

H. N. Haag, 15. Juni.

Die zweite Kammer hat mit 60 gegen 15 Stimmen die Resolution Troelstra, die dahin ging, die Besprechungen über das Antirevolutionärgesetz aufzuschieben, damit die Regierung noch Gelegenheit habe, nähere Mitteilungen hierüber einzuziehen, abgelehnt.

### Die Obstruktion in Braunschweig.

Braunschweig, 15. Juni.

In der heutigen Sitzung der Landessammlung beantragte Abg. Paul Junke (unabhängig) die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses künftig nicht mehr eine Zweidrittelmehrheit erfordern solle, sondern daß das Haus schon beschlußfähig sein soll, wenn die Hälfte der Abgeordneten anwesend sei. Vor der Abstimmung wurde die Beschlußfähigkeit des Hauses festgestellt.

### Übermögliche Zeitungspapierpreiserhöhung in Sicht.

T. U. München, 15. Juni.

Den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß ab 1. Juli abermals ein namhafter Zuschlag auf den Preis des Zeitungspapiers erfolgen werde. Das Blatt erwartet den nächsten Widerstand der deutschen Zeitungswelt.

Karl Kautsky, der in den letzten Monaten von Übergegend in Oesterreich weilte, veröffentlicht in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ einen Artikel über die deutsche Krise. Drei Möglichkeiten, meint Kautsky, tauchen auf:

Die Bildung einer reinen Arbeiterregierung; die Wiederherstellung der alten Koalition; und endlich drittens die Übergabe der Regierung an einen rein bürgerlichen Block. Jede dieser Möglichkeiten begegnet den größten Schwierigkeiten. Aber die einer reinen Arbeiterregierung wären kaum größer als die der beiden anderen Alternativen.

Wohl verfügten die beiden großen sozialistischen Parteien, wenn sie sich bereinigten, nicht über die Mehrheit im Parlament. Die Übernahme der Regierung durch eine Arbeiterregierung ist dem Geboten der Demokratie zu widersprechen; doch nur Scheinbar. Die Demokratie verbietet bloß, daß sich eine Minderheit mit Gewalt dem öffentlichen Willen der Mehrheit widersetzt. Sie verbietet es keineswegs, daß eine Partei ein Ministerium bildet, das noch nicht die Mehrheit besitzt, aber alle Aussicht hat, diese zu gewinnen, wenn es die Politik treibt, die den Bedürfnissen der Volksmehrheit entspricht. Natürlich wäre eine rein sozialistische Regierung unter dieser Voraussetzung schon früher möglich gewesen. Heute sind die Sozialisten in ihrer Gesamtheit an Zahl schwächer als noch den Wahlen des vorigen Jahres. Aber heute wissen die beiden sozialistischen Parteien, daß keine der beiden die andere zu bezwingen vermag. Und das System stellt sie überwinden. Sie brauchen die inneren Widersprüche gegen die Herstellung eines sozialistischen Blocks also nicht mehr so stark zu sein wie früher. Vereint würden aber die Sozialisten die weitestgehende unter den Parteien bilden. Können sie sich in der Regierung zum Ausdruck des Gebotes der Stunde, schiden sie sich an, das zu tun, was im Interesse der Massen notwendig und vernünftig ist, dann gewinnen sie rasch allgemeines Vertrauen, dann tragen die demokratischen und katholischen Arbeitervertreter im Reichstag nicht gegen sie zu stimmen. Sollten sie es aber doch tun, dürfte die sozialistische Regierung mit bester Aussicht auf Erfolg Neuwahlen riskieren.

Genosse Kautsky führt dann aus, daß auch eine sozialistische Regierung den Sozialismus nicht sofort liquidieren könne. Zunächst müßten die Kriegsfolgen liquidiert und die Produktion gesteigert werden.

Kautsky überblickt hier nur, daß Steigerung der Produktion auf kapitalistischer Basis weder von einer Regierung, noch von der Arbeiterklasse abhängt, sondern von dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals. Und gerade jetzt zeigt es sich in einer Reihe von wichtigsten Produktionszweigen, nach deren Erzeugnissen die Bevölkerung den allerdringendsten Bedarf hat, daß die Produktion eingeschränkt, nicht gesteigert wird, eingeschränkt vom Kapital gegen den Willen der Arbeiter und der Regierung.

Wenn Kautsky meint, das Proletariat sei bei blühender kapitalistischer Produktion besser daran als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert, so übersteht er unserer Meinung nach gerade das sozialistische Problem der Ueberanastwirtschaft im gegenwärtigen Zeitabschnitt. Die Produktion blüht momentan überhand nicht und kann nach den Bestimmungen des Krieges nicht sofort wieder blühen. Es fragt sich aber, ob die Steigerung der Produktion rascher erfolgen kann unter Anwendung sozialistischer Methoden auf den ganzen Kreis dazu geeigneter Produktionszweige, oder ob die Arbeiterklasse ruhig zusehen muß, wie die kapitalistische Produktion wieder in Gang kommt, beständig unterbrochen durch Wirtschaftskrisen, die gerade von einer ausgepöbelten und aller Vorräte baren Bevölkerung kaum entronnen werden können. Die Steigerung kapitalistischer Produktion schließt aber stets Krisen ein, und besonders in einer Zeit so schwerer wirtschaftlicher Störungen, wie sie durch die völlige Herrichtung des internationalen Handels und die Geldentwertung gegeben ist. Kapitalistische Steigerung der Produktion erfolgt so wesentlich auf Kosten der Arbeiterklasse, während sozialistische Produktionssteigerung zu unmittelbarem Nutzen der Gesamtheit erfolgen könnte. Würde z. B. der Massenbedarf an Schuhen für den Inlandsverbrauch sozialistisch in einigen der leistungsfähigsten Betriebe produziert werden, so könnte die Herstellung nicht nur billiger erfolgen, sie würde auch, ohne krisenhafte Schwankungen hervorzurufen, gesteigert werden können.

In der Tat stellt Kautsky der sozialistischen Regierung auch noch andere Aufgaben, als es nach dieser etwas verdicklichen Einleitung Weinen könnte. Er konstatiert, daß

Die Kuffenkung der Massen durch die großen Monopolisten, namentlich der Bergwerke, immer mehr zunimmt, und fährt fort:

Der rückwärtslose Sozialismus (Konkurrenz) ist eine Plage, nicht bloß im Interesse der beteiligten Arbeiter, sondern der gesamten Gesellschaft. Eine Sozialisierung der Kohlenbergwerke, die den Kohlenpreis herabsetzt und die Kohlenförderung ausdehnt, würde die gesamte Produktion mächtig anregen.

Ebenso wäre eine Sozialisierung der Wälder und der Natifundien (nicht ihre Verschönerung) geboten.

Das ist auch unsere Meinung, und sie ist von uns stets vertreten worden, sowohl von unseren Volksbeauftragten als später. Ihre Durchführung kehrte an dem Widerstand der Rechtssozialisten. Haben wir deshalb je aufgehört, sie zu vertreten, oder haben wir unsere Mitwirkung an einer sozialistischen Regierung, die zur Verwirklichung dieser Forderungen gebildet würde, verweigert?

Kautskys Forderungen decken sich durchaus mit den Punkten 4 und 5 der Uebergangsmassnahmen, deren Erfüllung wir von einer sozialistischen Regierung fordern, und die übrigen sind auch von Kautsky als berechtigt und notwendig anerkannt, wie insbesondere die Entlohnung der konterrevolutionären Formationen, den Mannschaffserlass aus den Reihen der organisierten Arbeiterklasse und die Einziehung politisch zuverlässiger Führer.

Als wir aber auf der Höhe des Generalstreiks gegen Rapp und auf Grundlage dieser Mindestforderungen zur Teilnahme an einer sozialistischen Regierung bereit erklärten, da waren es die Rechtssozialisten, die die Bildung einer solchen Regierung für unmöglich erklärt haben. Damals stellten sie die Koalition mit den bürgerlichen Parteien wieder her und erklärten das als die einzig mögliche Politik; eine sozialistische Regierung hätte keine Mehrheit und könnte sich weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch halten. Und doch war damals durch den glänzenden Verlauf des Generalstreiks, in dem sich die Macht einer geschlossenen Front des Proletariats offenbart hatte, die Arbeiterklasse nach der Erniedrigung durch die Moskopolitik wieder auf einen Höhepunkt ihrer politischen Stärke und Tatkraft gelangt!

Jetzt, nach den Wahlen, haben die Rechtssozialisten die Bildung einer sozialistischen Regierung gar nicht in Erwägung gezogen. Der Reichskanzler hat unsere Partei ausschließlich zu Verhandlungen über eine Koalition mit Demokraten und Zentrum eingeladen. Kautsky ist offenbar nicht genügend im Bilde, wenn er meint, die Möglichkeit einer sozialistischen Regierung sei gegeben gewesen und sei an unserer Weigerung geknüpft. Vom „Vorwärts“ aber, der genau weiß, wie die Dinge sich verhalten, ist es demagogische Stimmungsmache, Kautskys Artikel, der die rein sozialistische Regierung fordert, so auszuliegen, als ob er unsere Weigerung, an einer Koalition teilzunehmen, treffen könnte. Kautsky sagt an einer Stelle nur ganz allgemein, daß der Eintritt in eine Koalitionsregierung geboten sein könne, aber er deutet mit keinem Wort an, daß er unseren Eintritt in die gegenwärtige Koalition empfiehlt, er sagt vielmehr, daß der Eintritt der Rechtssozialisten allein in die alte Koalition politischer Selbstmord wäre.

Kautsky irrt auch, wenn er meint, wir könnten die Gefahren einer rein bürgerlichen Regierung gering. Wäre die Möglichkeit einer sozialistischen Regierung gegeben, scheiterte sie nicht schon allein an der Weigerung der Rechtssozialisten, so würde die Wahl nicht schwer werden. Aber ebenso gibt es keine Wahl, wenn es sich um den Eintritt in eine bürgerliche Koalitionsregierung handelt. Denn bei den herrschenden Machtverhältnissen würde diese Koalition, in der die Stellung der Sozialisten ja — unter parlamentarischen Gesichtspunkt, wie momentan auch unter außerparlamentarischem — nicht stärker sein, als die in der alten Koalition, ausschließlich bürgerliche Politik treiben, das Proletariat aber enttäuschen, verwirren und nur noch mehr spalten.

Kautskys Schlussfolgerungen wären richtig, wenn seine Voraussetzung, die Möglichkeit einer sozialistischen Regierungsabildung, gegeben wäre. Da die Voraussetzung fehlt, fällt auch die Folgerung.

## Der Mittelblock.

Herr Trimborn, dessen Bemühungen fälschlicherweise schon als heilsamer bezeichnet wurden, arbeitet noch immer an der Schaffung eines Kabinetts, und es scheint, als ob er einstweilen gewisse Erfolge aufzuweisen habe.

Sein Bestreben richtet sich, wie man weiß, zur Zeit in erster Linie auf die Bildung des sogenannten Mittelblocks, bestehend aus Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokraten. Zentrum und Volkspartei waren wohl von Anfang an dieser Idee geneigt, aber die Demokraten schwankten, nachdem sie etwas vorläufig die Erklärung abgegeben hatten, daß sie in keine Koalition eintreten würden, der die Rechtssozialisten nicht angehörten. Diese Bedenken beginnen jetzt, wie man uns berichtet, zu verschwinden, und die Partei soll bereit sein, unter gewissen, wahrscheinlich nicht allzu tragisch zu nehmenden Bedingungen das Trimbornische Projekt zu unterstützen. Sie und die Volksparteier hätten sich während des Wahlkampfes am liebsten gegenseitig aufgefressen, nun aber sind sie auf dem besten Wege, einander gerührt in die Arme zu sinken.

Nur hat die Sache noch einen kleinen Haken. Der Mittelblock besitzt keine Mehrheit und ist, wenn er leben und regieren soll, zum mindesten auf die wohlwollende Neutralität des rechten oder des linken Nachbarn angewiesen. Die Deutschnationale Volkspartei, die sich zuerst in der ganzen Krise einigermassen rezipiert verhielt, tritt aber neuerdings mit eigenen, klar betonten Ansprüchen hervor. Sowohl die „Deutsche Tageszeitung“ wie der Abgeordnete von Gräfe in der „Deutschen Zeitung“ fordern die Berücksichtigung der Deutschnationalen bei der Bildung des Ministeriums. Dem Zentrum wird der Vorwurf gemacht, daß es den Blick nicht von der Sozialdemokratie wenden könne, und man verlangt die Berücksichtigung des Vorhandenseins der rein bürgerlichen Mehrheit. Weis-

man die Deutschnationalen zurück, so bleibe für sie nur der Weg der Opposition, ein Zwischending zwischen ihr und der Beteiligung an der Regierung existiere nicht.

Auf eine wohlwollende Neutralität dieser Seite scheint also die Firma Trimborn u. Co. nicht rechnen zu können, und es kommt nun darauf an, wie sich die Rechtssozialisten verhalten werden. Eine klare Antwort auf die an sie gerichtete Frage haben sie bisher nicht gegeben, und auch das, was Herr Heilmann in seiner Korrespondenz schreibt, ist keineswegs eindeutig. Es heißt da:

„Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich einer rein bürgerlichen Regierung oppositionell gegenüberstehen. Ihre erwünschte Neutralität“ könnte also nur darin bestehen, daß sie bei ihrer Opposition das Verantwortlichkeitsgefühl einer Partei nicht vermissen läßt, die regiert hat und vielleicht einmal unter anderen Umständen wieder mitregieren wird. Aber dieses Verantwortlichkeitsgefühl ist wiederum eine Selbstverständlichkeit und darüber braucht kein besonderer Vertrag geschlossen zu werden...“

Dieser etwas orakelhafte Bescheid läßt uns im Zweifel, wie sich das Verantwortlichkeitsgefühl der Sozialdemokratischen Partei äußern wird. Eine strikte Ablehnung ist es jedenfalls nicht.

## Die demokratischen Bedingungen.

Wie Wokhs Bureau in später Abendstunden mitteilt, hat der Sozialdemokratische Parteitag, Dr. Petersen, an Trimborn eine Antwort gerichtet, in der er die Bedingungen der Demokraten folgendermaßen formuliert:

„Unsere Partei erklärt sich, unbeeinträchtigt durch die Geschäftigkeit des gegen uns geführten Kampfs ohne parteipolitische Vorbehalte, bereit, sachlich und positiv in einem Kabinett mitzuarbeiten, das durch seine Persönlichkeiten und durch sein Programm die Gewähr für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gibt.“

Als unerlässlich Bestandteile dieses Programms bezeichnet ich von vornherein folgende Punkte:

1. Ganzheitliche und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung. Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation. Bekämpfung jeden Versuches der Zerschlagung einer Klassenherrschaft oder Einarumung von Vorrechten an eine Klasse. Eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet; Ablehnung jeden Klassen- und Klassenhasses, auch des Antijehemismus. Befreiung der Arbeiter ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die in Wort und Tat sich auf den Boden der Verfassung stellen und gewillt sind, in ihrer amtlichen Tätigkeit die Regierung rühmlich zu unterstützen, die aber gleichzeitig nach ihrer Art und Ausbildung das Amt auszuführen geeignet sind.

Diese obersten Grundsätze habe ich schon jetzt hervor, weil sie die unerlässliche Voraussetzung jeder vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierungstätigkeit zu sein scheinen.

Vorschläge im einzelnen zu machen über Führung unserer auswärtigen Politik, über die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens, über die Förderung unseres kulturellen und sozialen Lebens, über unsere Wehrmacht, steht mir nicht an, sondern ist Sache des Programms, das der Reichskanzler mit seinen Mitarbeitern zu erörtern hat.“

## Der weiße Terror in Ungarn.

Was in der deutschen Presse totgeschwiegen wird.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ veröffentlicht aus dem Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine Reihe von Details über den weißen Terror in Ungarn, die geradezu entsetzlich sind. So wurden in der ersten Woche 200 Personen von den Offiziersbänden ermordet. In Siegest wurden 42 Gefangen getötet, einige Beiden zerstückt, das Fleisch gebrochen und andere Gefangene mit dem Revolver in der Hand gestochen, das Fleisch ihrer Kameraden zu essen. Diese Taten sind, so schreibt die Arbeiterzeitung, von besten Zeugen bestätigt. In Enying wurde ein Himmelsmann lebendig begraben. Von dem Detachement Osternberg wurden in Budapest zwei Personen, die mit Namen angeführt werden, mit eisernen Nuten geschlagen und dann bei lebendigem Leibe kastriert.

In Debrecen wurden 20 Personen gezwungen, ihr eigenes Grab zu graben, worauf sie getötet wurden. Einigen wurden vorher die Augen ausgetrieben. Dr. Robert Dolla wurde vorher bei lebendigem Leibe gehängt. In Rab wurde der bekannte Arzt Dr. Fischer gehängt, seine Frau und Kinder wurden gezwungen, der Artilleriebrigade beizugehören. In Soosfehervar wurde ein Mann namens Goldberger, in seinem eigenen Hause gehängt. In Komarno wurden die Gefangenen lebend in Säue genagt und dann in den Fluß geworfen. Frau Klein wurde deshalb gefangen genommen, weil ihre Tochter die Braut eines Soldaten der Roten Armee war. Frau Klein erhielt 100 Stockschläge und wurde wahnsinnig. Einem gewissen Jakob Moses wurden die Hände gebunden und eiserne Stäbe, die im Feuer glühend gemacht worden waren, auf seine Haut und sein Gesicht gelegt. Der Leutnant Hedre den Bart des Mannes in Brand. Der Gemarterte fiel ohnmächtig nieder. Durch 20 Stockschläge wurde er wieder zum Bewußtsein gebracht.

In dieser Art gehen die Schilderungen über die Verhältnisse des weißen Terrors weiter. Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß er nur einige der erschreckendsten Verhältnisse angeführt habe und hält sich zum Beweis weiterer Fälle bereit.

Die hier geschilderten Vorgänge sind nur ein kleiner Auszug aus dem tatsächlich Geschehenen. Die deutsche bürgerliche Presse schweigt alle diese Vorkommnisse gänzlich ab, während sie von den rechtsstehenden Organen sogar bejubelt und als Muster der „christlichen Kultur“ hingestellt werden. In Ungarn selbst aber denkt niemand daran, die verbrecherische Tätigkeit der militärischen Banden einzuschränken. Im Gegenteil, der Innenminister Soos teilte am 22. Infanteriebrigaden und acht Husarenregimenten in das Gebiet zwischen Donau und Theis entsandt habe. Um es von Verbrechern zu säubern. Dabei seien auch mehrere an kommunikativen Urtreiben beteiligte Personen verhaftet worden. Der Minister erklärte noch, die Aktion zur Unterdrückung von Verbrechern werde mit aller Energie fortgesetzt werden. Er betonte schließlich, daß das Militär Hand in Hand mit dem Völkertum auch die letzten Wurzeln des Bolschewismus ausrotten habe.

Angesichts dieser neuen Drohungen ist es doppelte Pflicht der Arbeiter der ganzen Welt, den Boykott gegen das heilige Kordegefecht, das sich ungarische Regierung nennt, mit

aller Energie durchzuführen. Nur durch den Druck von Tausen wird der weiße Schrecken in Ungarn beseitigt werden können.

Die unerhörten und schmachvollen Forderungen einer Frau Hamburger durch die ungarische Hochfinanz erregen in Wien ungemeines Aufsehen. Selbst die „Neue Fr. Presse“, die dem Hortyregiment kein Vorurteil entgegenbringt, verlangt von der ungarischen Regierung Aufklärung und Gemäßheit darüber, daß die Schulden bezahlt werden.

## Der zehnpromzentige Abzug vom Lohn und Gehalt.

Die neuesten Bestimmungen.

I. Jeder Arbeitgeber hat bei jeder Zahlung vom Arbeitslohn, worunter nicht nur Barlohn, sondern auch Natural- und sonstige Sachbezüge fallen, 10 vom Hundert des Arbeitslohns, und zwar des Barlohns einzubehalten. Treifen Barlohn- und Natural- oder sonstige Bezüge zusammen und übersteigt der Wert dieser Bezüge den Barlohn, so bezieht sich der Abzug auf 90 vom Hundert des Barlohns. Werden also monatlich 80 M. in bar gezahlt und 300 M. noch den vom Versicherungsamt festgesetzten Ortspreisen für Wohnung und Verpflegung gezahlt, so sind doch nur 10 M. (90 vom Hundert des Barlohns) abzugehen.

II. Die Verpflichtung des Arbeitgebers zum Abzug besteht für jede vom 20. Juni 1920 ab stattfindende Lohnzahlung. Dies gilt auch für den vor dem 20. Juni verdienten Lohn, sofern die Zahlung erst am 20. Juni oder später erfolgt. Umänderungen des vor und nach dem 20. Juni verdienten Lohnes sind also nicht stat.

III. Die Eingahlung des einbehaltenen Betrages erfolgt entweder durch Verwendung von Steuermarken oder durch unmittelbare Eingahlung an die Steuerbehörde des Arbeitnehmers.

### 1. Verwendung der Steuermarken.

a) Jeder Arbeitnehmer hat sich von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich, sie kann von der Gemeindebehörde auch Arbeitgebern überlassen werden.

b) Der Arbeitgeber hat für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte einzulösen und zu empfangen. Steuermarken von 10 Pf., 20 Pf., 1 M., 2 M., 5 M. sind bei den Postämtern zu beschaffen. Die Verwendung erfolgt durch Eintragung des Tages der Verwendung; allgemeine übliche Abkürzungen sind zulässig (z. B. 10. Okt. 20). Grundsätzlich soll die Einlösung und Verwendung von Steuermarken bei jeder Lohnzahlung erfolgen, auf Antrag kann jedoch gestundet werden, daß für stündlich beschäftigte Personen die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung am Ende eines jeden Monats oder Halbenjahresjahres entwertet oder eingelöst werden.

c) Der Betrag der entwerteten Steuermarken ist in die Steuerkarte einzutragen.

### 2. Unmittelbare Eingahlung bei der Steuerstelle des Arbeitnehmers.

a) Sie erfolgt nur auf Antrag des Arbeitnehmers beim Landesfinanzamt. Um die Verwendung des Betrages nach dem 20. Juni zu erreichen, muß der Antrag spätestens eingereicht werden.

b) Die Eingahlung muß spätestens bis zum 10. Tage des folgenden Monats erfolgen. Auf Antrag kann gestundet werden, daß die Eingahlung erst innerhalb der ersten zehn Tage nach Ablauf eines Kalenderjahres erfolgt.

c) Gleichzeitig mit der Eingahlung ist eine Nachweisung in doppelter Ausfertigung einzureichen. Nachweisungen können vom Ende des Monats ab bei den Finanzämtern bezogen werden. Die Richtigkeit der Nachweisung ist von dem Arbeitgeber oder seinem Vertreter zu bescheinigen. Die Steuerbehörde gibt nach Prüfung eine Ausfertigung mit Empfangsbescheinigung zurück.

V. Die Einkommensteuerfreien Beträge (1500 Mark, 500 Mark, 300 Mark) werden beim Lohnabzug nicht berücksichtigt. Ihre Berücksichtigung erfolgt erst bei der endgültigen Veranlagung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920.

VI. Eine Anrechnung der 1920 eingelebten Steuermarken bei der Steuerbehörde auf die für 1920 zu entrichtende Einkommensteuer, findet erst nach der endgültigen Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 statt.

Zuletzt entrichtete Beträge werden grundsätzlich auch nicht vor der endgültigen Veranlagung für 1920 zurückgezahlt. Zur Vermeidung von Härten ist jedoch schon eine vorübergehende Zurückzahlung für solche Fälle vorgesehen, in denen die vom Arbeitnehmer für das Rechnungsjahr 1920 endgültig zu entrichtende Einkommensteuer voraussichtlich weniger als 10 v. H. des mutmaßlich im Jahre 1920 zu erzielenden Arbeitseinkommens des Arbeitnehmers beträgt; entsprechender Antrag ist beim Arbeitnehmer beim Finanzamt zu stellen.

VII. Der Arbeitgeber hat den Reich für die Einbehaltung und die Entrichtung von 10 v. H. des Arbeitslohns aus dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

Die Bestimmungen über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn sind im Zentralblatt für das Deutsche Reich vom 4. Juni 1920 — Nr. 27 — S. 892, abgedruckt.

Das Zentralblatt N. von Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8, Mauernstraße 43/44 zu beziehen.

## Der Mord in Bad Thal.

Ein Kameradengericht entscheidet.

In Radburg a. Lohn begann gestern vor dem Geht der ehem. 22. Infanteriebrigade der Frage gegen die Radburger Freireitwilligen, die während der Kämpfe bei Bad Thal in Thüringen flüchtend unabsichtlich Arbeiter ermordet haben. Angeklagt sind 14 Studenten, zum großen Teil ehemalige Offiziere. Die Anklage lautet auf rechtswidrigen Waffengebrauch in Verbindung mit Totschlag. Der Hauptangeklagte Leumann a. D. stud. jur. Göttingen erklärte, daß die erschossenen Gefangenen auf dem Transport nach Göttingen „Flüchtlingskader“ unternommen hätten. Das gleiche sagten die weiteren drei Angeklagten Engelbrecht, Jahn und Kraus aus. Herr Wittmoos findet in Reckersbadi eine Lokalbefehlshaber.

Zeitungsverbote im besetzten Gebiet. Die „Rheinische Volkszeitung“ und die „Rheinische Zeitung“ sind laut Beschluß der Rheinlandkommission auf einige Tage verboten worden. Der Grund soll darin zu suchen sein, daß die Blätter Kritik gegen die Verwendung sargiger Truppen im besetzten Gebiet veröffentlichten. Außer diesen beiden Zeitungen sind weitere fünf Blätter im besetzten Gebiet vorläufig verboten worden.

Krise in der Zigarrenindustrie. Die böhmisches Zigarrenfabriken verfügen kurzzeit über so große Mengen an Rohmaterial, daß ihre Lager überfüllt sind. Trotzdem soll das Geschäft, weil die Verdauung wegen der hohen Verkaufspreise mit dem Kauf zurückhalten. Demgegenüber beginnen verschiedene Zigarrenfabriken in Böhmen und der böhmisches Provinz, ihre Verkaufspreise erheblich, teilweise bis zur Hälfte herabzusetzen.



# An unsere Gewerkschafts- und Parteigenossen!

## Die Druckerei der „Freiheit“, G. m. b. H., Breite Straße 8-9, ist in vollem Betriebe.

Für geschmackvolle und sorgfältige Ausführung werden wir Sorge tragen: Kostenanschläge usw. stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Geschäftsleitung.

Den Gewerkschaften u. unseren Organisationen ist jetzt Gelegenheit geboten, uns durch Erteilung von Druckaufträgen zu unterstützen.

### Theater und Vergnügungen.

#### Volksbühne

N. Uhr: Der Hahn im Hain.

#### Neues Volkstheater

Köpenicker Str. 68.  
7 1/2 Uhr: Pension Schöller

#### Staatstheater

Opernhaus: Anfang 7 Uhr.

#### Martha

Schauspielhaus: Anfang 7 Uhr.

#### Judith

Direktion: Carl Heinrich - Rud. Bernauer.  
Theater L. G.

#### Königsgründer Straße

10. D. große Katharina u. Mit d. Feuer spielen.

#### Komödienhaus

VU: Die Reise d. Mädchenzoll.

#### Berliner Theater

U. Uhr: Der letzte Walzer.

#### Größtes Schauspielhaus

Karlsruhe: Mittwoch 7 Uhr; Juliette César. (9. Abteilung IV. Abend.)

#### Deutsches Theater

Schrei nach dem Kind.

#### Kammerspiele

Talton.

#### Kleines Schauspielhaus

Lobkowitz.

#### Theater des Westens

Goldene Ritterzeit.

#### Neues Operettenhaus

Direktion: Jean Kraus.  
Abends 7 Uhr.

#### Prinzessin Friedl

Trianon-Theater (Hühnerfiedrichstraße).  
Täglich 8 Uhr.

#### Der gute Ruf

Sommer 4 Uhr; kleine Preise.  
Der Störenfried.

#### Residenz-Theater

Gradnauer Jenowitzstraße.  
Untergrundbahn Köpenicker Str.  
Täglich 8 Uhr.

#### Die Raschnoffs

Sonntag 4 Uhr; kleine Preise.  
Johannistag.

#### Lessing-Theater

SOMMERSPIELZEIT  
Abendstück 8 Uhr.

#### Leopoldine Konstantin

Das Glas der Jungfrau.

#### Deutsches Kunst-Theater

Abendstück 7 1/2 Uhr.

#### Die bessere Hälfte

Mit Max Adalbert.

#### Walhalla-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr.

#### Kasernenluft

#### Sommertheater

„Das Berlin“, dem Ullrich's.  
Hilfenachrichte 15.

#### Fürstlicher Hof

an Mittwochs.

#### Rose-Theater

7 1/2 Uhr: Schwere Weidenblätter.  
Tänzerinnen (Kasernenluft).

#### Berliner Prater

Kasernen-Allée 7-9.

#### 12 Variété-Sensations 12

In der Großen Ball.  
Anfang 15 Uhr.

#### Apollon-Theater

Friedrichstr. 218.  
Abendstück.  
Sonntag 3 1/2 u. 7.  
Unüberwundliches  
Variété-Programm!

Theater & Kollbau-Tel.  
Tel. Moritzplatz 1014.  
Täglich 7 1/2 Uhr.  
Ehemaliges  
Voigt-Theater  
Badstraße 55.  
Sommerbühne:  
Täglich nachm. 4 Uhr.  
Wieder ein Kämpfer  
abends 7 1/2 Uhr:  
Der selige Balduin

Kammer-Tanzspiele  
Hilfsplatz 4 am Nollendorfplatz.  
Telephon: Lützow 2305.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Mit. Balduin und Schönheitskaiser.

Photoapparate  
Ankauf Tausch  
Verkauf  
Photo-Steckelmann,  
W. 9. Potsdamer Str. 135.

Frauenhaar  
kauft höchstzahlend  
1 d o. Niederschönenbrunn,  
Charlottenstr. 62.

Metzner  
Kinderwagen & Wägelchen  
Berlin, Andrastr. 23, am Platz.  
Brunnenstr. 95 Borselladen. 67  
Leipziger Str. 54-55, Kolonnaden.  
Neukölln, Ber. Str. 133  
Spandau, Charlottenstr. 244.

Jüdische Arbeiter und Angestellte  
Öffentliche Wähler-Versammlung  
morgen Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr,  
Brauerei Köhligsdorf, Schönhauser Allee 10/11.  
Die Wahlen  
zur jüdischen Gemeinde  
Referenten: Dr. Oskar Cohn,  
S. M. Kaufmann, Carl Loeb, A. Decker.  
Jüdische Sozialdem. Arbeiter-Org. Jente-Bien.

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle: Berlin N 34, Vinsente. 63/65.  
Geschäftszeit von nachm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Kurt Nordens 155, 1293, 1097, 0714.  
Am Donnerstag, den 17. Juni 1920, abends 7 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engeliner 15,  
Vertrauensmännerkonferenz  
der Rohrleger und Heizer.  
Am Donnerstag, den 17. Juni 1920, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
im Lokal Weberstr. 21,  
Vertrauensmännerkonferenz  
der Brande der Metallformner und Berufsgeossen.  
Am Donnerstag, den 17. Juni 1920, abends 6 Uhr,  
im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 118/2,  
Vertrauensmännerkonferenz  
der Glasererhandwerker.  
Die Ortsverwaltung.  
Zentralverband der Metallarbeiter u. Pappmachender  
Ortsverwaltung Berlin.  
Freitag, den 18. Juni, abends 7 Uhr  
Mitglieder-Versammlung  
im Gewerkschaftshaus, Engeliner-Str. 15 (Weber Hof).  
Tagungsordnung: 1. B. Beschlüsse, 2. Berichte.  
Es ist Pflicht der Mitglieder der Tagesordnung, bei der  
Besitzung pünktlich zu erscheinen.  
Es laßt sich:  
Die Ortsverwaltung,  
S. M. Kupak-Bien.  
Mitgliedsbuch legitimiert!

Preise  
zahlen wir Ihnen für  
Altpapier, Almetall, Alteisen und Flaschen,  
das Sie stets nur noch zu uns bringen.  
F. & W. Seydlitz,  
Metall- und Papierwarenhandlung,  
Klein-Charlotten Berlin S 89, Hermannplatz 4, Fernspr. Noll. 7291.  
Händler-Kleinhändler: Berlin SO 14, Currystr. 28, Fernspr. Noll. 722.

Ballschmieders Variété-Garten  
Badstraße 16  
Vom 10. bis 30. Juni  
Großes Bomben-Variété-Programm  
Auftrien von  
26 Artisten  
Jeden Mittwoch  
Gr. Brillant-Feuerwerk

Weißenseer Sommer-Theater  
Prenzlauer Promenade 69  
Vom 10. bis 23. Juni  
Der selige Hollschinski  
Das gr. Berliner Volksstück mit Gesang in 2 Akten v. Oskar Wagner  
Musik von Karl Dübbers  
Vorher  
das neue Bomben-Variété-Programm!  
Jeden Donnerstag  
Elite-Tag mit Brillant-Feuerwerk  
Kinder zahlen auf allen Plätzen halbe Preise.

Phorosan-Heilinstitut  
für Haut- und Geschlechtskrankheiten  
Großbeerstraße 67  
Phorosan-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen  
Phorosan-Verfahren. Syphilis-kur. Streng wissenschaftlich.  
Spez. Anal. Leinwand. Sop. Zimmer. Spezialist 11-5, außer  
Dienst. Kurdauer siehe Broschüre. Die Phorosan- und  
ihre Leitungs-kur M. L. - Trop. N. gegen Porto.

Spezial-Behandlung  
für Geschlechts-, Haut-, Nerven-, Frauenleiden, speziell Venen-  
krankheiten, Hereditäre, Ausschlag, nerv. Schwäche, Blasen-  
entzündung, Salvarsan-Kuren, Licht-Behandlung, Höhenkuren, Be-  
strahlungen, Gelenksentzündungen, Damen- u. Herren-  
Spezial-Aerzt,  
gel. Heilanstalt „Löser“, Münzstr. 9,  
nahe Alexanderplatz. - 9-1, 4-8, Sonntags 9-12.

Schönes und reines Gesicht  
erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode.  
Sommerprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen,  
Gesichts- und Nasenröte, lästige Haare, schlechter Teint usw.  
verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.  
C. Weissert, Invalidenstraße 147 I, Ecke Bergstraße.  
Sprechstunden: 10-12 u. 4-8, Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos.

Spezial-Arzt  
für alle Geschlechtskrankheiten.  
Haut-, Frauenleiden, Blasenentzündungen, Salvarsan-Kur.  
Behandlung schnell, sicher, ohne Beraubung. Maßige Preise.  
Heilanstalt Dr. med. Lommer, 10-1, 4-7 u. 8, 10-12,  
Brunnenstr. 185 (Rosenthaler Platz).

Spezial-Arzt Dr. Skotti für Geschlechts-  
Haut-, Frauen-, Frauenleiden,  
hereditäre Hereditäre, Ausschlag, nerv. Schwäche, Oogen-Lues  
krank, Salvarsan-Kuren, Blasenentzündungen, bei ersten und  
zweiten Kur-Anfall von 9-1, 4-8, Sonntag 9-12,  
Kur Rosenthaler Str. 69-70 Rosenthaler Platz.

Die Bibel der Ehe  
Mit Recht kann das Werk von Dr. jur. Spler  
Die Schule der Ehe  
Ein Lebensbuch zur Pflege des  
ehelichen Glücks  
so genannt werden. Die  
viele Millionen Menschen gehen un-  
beraten und naiv in die Ehe, welche eine  
unendliche Summe menschlichen Glücks ist  
in Scherben gebrochen, weil viele Eben  
falsch und unvorteilhaft geführt wurden.  
Dieses Werk mit seinem vor-  
zuziehenden und aufklärenden Sinn  
kann so viel Unheil verhüten  
und ist daher wie geschaffen,  
ein Ratgeber für alle die-  
jenigen zu sein, die ein  
wirkliches Glück in der  
Ehe finden wollen.

Das Werk umfaßt 15 Kapitel und 1166 Seiten stark.  
Preis von je 20 bis 25 Mk. - Zu beziehen durch  
Wogler & Co., Berlin W 9, Röhrenstr. 27.

Briefmarken, Münzen  
kauft Grossmann, Johannistr. 4  
Norden 106 21

Pistolen  
Armees u. Mannes, 9 mm,  
kauft zu höchsten Preisen  
Kirstein, Berlin,  
Linienstraße 31.

Kupfer 7,50  
Messing 3,75  
Zinn 1,75 usw.  
nicht bis zum  
Metallkontor, 3. u. 4. Bockstr. 19

18. Distr. III. Abt.  
Bez. 809.  
Am 13. d. M. verstarb  
durch Herzschlag unsere  
Urerin  
Frau Schnecke  
Euler Straße 10.  
Die Beerdigung findet  
heute Mittwoch, nachm.  
4 Uhr auf dem alten  
Potsdamer-Friedhof in der  
Soesterstraße statt.  
Um rage Beteiligung  
bitte  
Die Direktverwaltung.

Westmanns  
Trauer-Magazin  
Große Auswahl,  
Billige Preise.  
I. Mohrenstraße 37  
(Kolonnaden)  
II. Gr. Frankl. Str. 115  
(nahe Andrastr.)  
Auswahlsendung auf  
Aust Zentrum 7898.  
Sonntags geschlossen

400 Mark Bekleidung  
für Wiederbeschaffung der mir  
gestohlenen Schreibmaschine  
„Smith Premier M 10“  
Joh. Krüger, Gerichtstr. 31

Möbel  
gegen bar  
und auf  
Teilzahlung  
bei kleinster An-  
und Abzahlung  
Gekaufte Möbel können  
kostenlos lagern.  
Lieferer auch n. auswärts.  
Möbel-Cohn  
Gr. Frankfurter Str. 68  
5. Mi. v. Alexanderpl.  
Pillau: Badstr. 47-48.  
8. Mi. v. Uhl. Gendstr.

Alte  
Gebisse  
sich zerbrochene und  
elastische Zähne  
Platin  
Brennstifte, Kontakte,  
Gold- und Silberbruch  
sowie Gegenstände kauf  
welt weit Tagespreis  
J. Herz  
Fehrbelliner Str. 52  
an der Brunnenstraße,  
Sonntags geschlossen.

Kupfer  
Messing  
Rotgub.  
Metallverarbeitung  
Schönhauser-Allee 80  
am Bahnh. Schönhauser-Allee  
u. Waßmannstraße 22  
im Laden.

ZINN  
Weichmetall  
sowie andere Metalle kauf  
Metallkontor  
Gerichtstr. 31  
Tel. Humboldt 476.

Kupfer p. kg b. 8,50  
Messing p. kg b. 4,50  
Zinn, Zink, Kupfer  
sowie 3 Ankaufst.:  
Weidenburger Str. 11,  
Kastanien-Allee 85,  
Hohenschönhausen Str. 107.

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege  
der Bohrer  
Karl Schönbeck,  
Berlin, Kolberger Straße 34,  
am 12. d. Mts. gestorben ist. Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 17. d. Mts. nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Danks-Friedhofes in der Soesterweber  
Straße aus statt.  
Rage Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder  
gestorben sind:  
Der Metallarbeiter  
Franz Deutsch,  
Luisenpark Platz 5, am 26. Mai,  
der Klempner  
August Pavelt,  
Charlottenburg, Wallstraße 1, am 7. d. M.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 14. Juni 1920, entschlief nach  
langem, schwarzem Leiden mein lieber Mann, unser  
herzensguter Vater und Großvater  
Hermann Licht  
im 61. Lebensjahre. In tiefer Trauer  
Marie Licht, geb. Brätsch  
nebst Familie.  
Berlin O 34, Löwenstr. 18.  
Die Einäscherung findet am Freitag, den 18. d. Mts.,  
vermittels 10 Uhr im städtischen Krematorium, Gerlich-  
str. 10, statt.

Dankesagung.  
Für die herzlichste Teilnahme beim Hinscheiden  
meines lieben Mannes  
Gustav Gutsch  
sage ich allen Verwandten, Freunden und Genossen,  
sowie dem Gutsverwalter „Hannover“, dem Sparrverein  
„Hohes Käse“, und dem Kollege Herrn Babitsch meinen  
herzlichsten Dank.  
Ww. Minna Gutsch.

Platin  
Druck, Kontakte, Brennstifte  
Zahngelbisse  
Gold- u. Silberbruch, Beschickung  
kauf weit über Tagespreis  
Metalleinkauf West  
Berger & Knack  
Wilmsdorf, Pariser Str. 49, II. Etage  
an der Uhlendorferstr. - Telephon 18400  
Parteiengeossen besonders empfohlen.  
Beste Abgabegebiet für Händler und Zahnärzte.  
Kein Laden.

Kupfer 8,-  
Messing 4,-  
Blei 2,-  
Zink 1,20  
Schalendorfer Str. 2

Alt-Metalle  
Engros-Verwertung.  
Invalidenstr. 142

Kreissäge  
iv. Holzbearbeitungs-  
maschinen abzug von  
Reinickendorf,  
Theaterstraße (Eisenhof).

Futterstoffe  
Nährstoffe und Selen  
sowie alle anderen  
Bedarf. Zentrale  
A 11 u. 12. Schöneberg,  
Kastanienallee 12, Laden,  
Telephon: Humboldt 254.

Alt-Papier,  
altes gekautenes Papier,  
Zetteln, Zeitungsblätter,  
Hefen, Streifen etc.  
kauft in höchsten Tagespreis  
Fritz Seydlitz,  
Hilfsstr. 4,  
Tel. Humboldt 731.

Elektromotoren  
Gleichstrom u. Drehstrom  
kauft  
Ingenieurbüro Schilling  
Berlin W 5, Likauer Str. 16.  
Tel.: Lützow 3705 und 3811.  
Mittwoch, Freitag, Samstag  
Metalle  
kauft jeden Posten  
Oderberger Str. 1, Lohrdiger  
Str. 44 am Rosenthaler Platz.

Spiralbohrer  
nur aus S. S. Stahl, neu. Ab-  
messungen von 10-25 mm Durchmesser.  
kauft F. Schukkel Jr.,  
Lichtenberg, Mühlendamm 10.

Das Gesundheitswesen im neuen Groß-Berlin.

Von Dr. S. Drucker.

Die Gemeinde wird in einer hoffentlich nicht mehr fernem Zukunft auf gesundheitslichem Gebiete eine gewaltige Aufgabe zu erfüllen haben; sie wird die Sozialisierung des Gesundheitswesens durchzuführen und damit allen ihren Mitgliedern die größtmögliche ärztliche Hilfe und Fürsorge angedeihen lassen.

Das Gesundheitswesen der Gemeinden Groß-Berlins bietet im allgemeinen kein erfreuliches Bild. Es trägt in diesen Orten die Spuren langjähriger Vernachlässigung durch das Bürgertum, es ist dürr und schwach entwickelt — wie ein kahl geschleiertes Eichland.

Die Höhe und Umfang der Leistungen, die Vertri auf kommunal-hygienischem Gebiet in Zukunft gewährt werden von der Ausgestaltung der neuen Stadtverteilung abhängen, von dem Masse, der sie beherrscht.

werdenden Maß warden müssen, noch hier als vordem abgewiesen werden. Allen Krankenhäusern müssen Kliniken angeschlossen werden die, von tüchtigen Fachärzten geleitet, der unmittelbaren Bevölkerung völlig unentgeltlich Rat und Hilfe gewähren.

Noch größere Aufgaben hatten der jungen Stadtgemeinde auf dem Gebiete der Krankheitsverhütung. Hier kann sie sich, ungehemmt durch rückschrittliche Gelehrten, betätigen und hier wird die sozialistische Gemeinde auch in der kapitalistischen Umwelt brauchbare Arbeit verrichten.

Eine geordnete hygienische Überwachung der Erwachsenen steht bei dem häufigen Wechsel der Arbeitsstelle, der Zersplitterung des Krankensollenswesens und der Regellosigkeit der ärztlichen Versorgung auf die größten Schwierigkeiten — zum Schaden der Allgemeinheit.

Die meisten Gemeinden Groß-Berlins sind von der Verwirklichung dieser Forderungen noch weit entfernt. Die Stadt Berlin hat zwar zehn Säuglingsfürsorgestellen, die naturgemäß zu einer Massenabfertigung gezwungen sind.

daß sie sich wenige Wochen danach von ihrem Raub an der Brust trennen muß — wegen Geldmangel?

Sollen die Leistungen der Kommune, die die Erhaltung von Leben und Gesundheit aller Glieder des Gemeinbewesens zum Ziele haben, wirklich einen Dauererfolg zeiteln, so müssen sie unbedingt ergänzt und erweitert werden durch Verbesserung der Existenzbedingungen der großen Masse, durch Bekämpfung der sozialen Not, der mächtigsten Ursache aller Volkskrankheiten.

Kommunalhygienische Aufgaben in Halle und Halle, kann eine weniger beimind als die andere? Wer kann sie überhaupt lösen, wenn nicht der, der grundsätzlich die Verpflichtung der Gemeindefürsorge zu völliger Gleichstellung aller ihrer Angehörigen anerkennt und selbst den leidenden, hilfbedürftigen Teil vertritt?

Gewerkschaftliches.

Die „Not“ der Kassehaus-Besitzer.

Eine gut besuchte Versammlung der Kassehausbesitzer in Köpenick am Freitag, den 11. d. M., im Café Stern will obigen Thema. Der Referent zeigte an der Hand von Zahlen, daß ein großer Teil der Kassehausbesitzer ein Preudenleben führt, von einer Postage als nicht gesprochen werden kann.

Der Referent erklärte, daß die Kassehausbesitzer in der Diskussion, jede Zersplitterung zwischen Arbeitlosen und arbeitenden Kollegen nicht nur ein Vorteil der Unternehmern und zum Schaden der gesamten Angehörigen.

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

„Weißt's selb' Häusel doch von vor kein' Beland ist, so war ich dafür, mer soll's verkaufen und 'n Erlös 'm Dub'n anleg'n; der Bauer war einverstanden, hat aber gleich selber a Andot g'macht, was 's überhüllt, no ja, 's kommt doch 'm Kind a'ntem; so war'n d' Sternsteinhofert'ner Chaner von da und d'Sternsteinhofert'ner Idenfins wieder dir und 's Beranstalten is a'trossen, daß d' in nächsten Tag'n grundbiederlich d'rauf ang'schrieben wirt.

leute schickte und ziemte, die noch kurzem Witwenstande eine zweite Ehe schlossen. Schier verwundert und verblüfft standen die modernen Knickerhübler, als das junge Weib vom Altare wegging.

Als nun die neue Bäuerin an der Seite ihres Mannes die Hestube betrat, fand sie sich den beiden Allen gegenüber. Sie trat auf ihren nunmehrigen Schwiegervater zu, mit leuchtenden Augen, in denen etwas schalkhafte Weisheit lauerte, und mit einem freundlichen Lächeln, von dem er wohl fühlte, es gelte nicht ihm, sondern hoch auf das Unbekreitbare ihrer Schönheit, bot sie ihm die Hand.

